

**Rede von  
Frau Ministerialdirigentin Prof. Dr. Birgit Locher-Finke**

**anlässlich der Tagung „Demokratinnen und Demokraten fallen nicht vom Himmel – Förderung von Demokratiefähigkeit bei Kindern und Jugendlichen“**

**am 13.06.2018  
in der Evangelischen Akademie Bad Boll**

### **1. Botschaft**

**Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist ein wesentliches Merkmal unserer Demokratie.**

### **2. Botschaft**

**Sozial- und Integrationsministerium, Landeszentrale für politische Bildung und Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Gemeinsam engagiert für eine offene, aktive und solidarische Bürgergesellschaft!**

### **3. Botschaft**

**Das Eintreten für demokratische Werte und den gesellschaftlichen Zusammenhalt bleibt auch zukünftig wichtig.**

**- Es gilt das gesprochene Wort -**

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Anwesende....

„Demokratinnen und Demokraten fallen nicht vom Himmel!“ – dieser Titel gefällt mir außerordentlich gut für eine Tagung, die sich mit den Prämissen für den Erhalt und die Weiterentwicklung unserer Demokratie befasst.

Erlauben Sie mir eine persönliche Bemerkung zu Beginn meines Vortrages. Ich war letzte Woche für drei Tage in Brüssel im Rahmen eines Seminars mit Kolleginnen und Kollegen aus Bayern und Baden-Württemberg.

Das Seminar war sehr bereichernd - und ernüchternd zugleich.

Allein ein Blick auf die aktuelle Situation in den Mitgliedsstaaten der EU, ganz aktuell auf Italien nach der Wahl, aber auch auf Staaten wie Ungarn und Polen macht deutlich, dass Demokratie und damit die demokratischen Institutionen und Spielregeln auch hier in Europa keine Selbstverständlichkeiten mehr sind.

Nationale und nationalistische Bewegungen erstarken in vielen Mitgliedsländern der EU und sind ein Signal dafür, dass die Demokratien herausgefordert, wenn nicht gar ernsthaft gefährdet sind. Und auch hier in Deutschland gibt es antidemokratische Tendenzen, die viele von uns beunruhigen.

Gleichzeitig ruft uns ein solcher Befund dazu auf, an den unterschiedlichsten Stellen diesen Tendenzen deutlich entgegenzutreten. Denn Demokratie ist eben kein einmal erreichter, fixer, nicht-umkehrbarer Zustand, sondern vielmehr ein Prozess, in dem immer wieder erneut gerungen und für demokratische Werte gekämpft werden muss. Die demokratische Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen ist dabei ein wesentlicher Baustein.

Die Tagung heute befasst sich daher mit einer höchst relevanten Frage: Wie kann es gelingen, Kinder und Jugendliche von dem Wert der Demokratie überzeugen? Wie kann es gelingen, sie zum aktiven Eintreten für diese Staatsform zu bewegen? Und wie gelingt es, Kinder und Jugendliche zu einer aktiven Teilhabe und Teilnahme an einer demokratischen Gesellschaft zu animieren?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann bezeichnete das Ministerium für Soziales und Integration in seiner ersten grün-schwarzen Regierungserklärung als Gesellschaftsministerium und Ministerium für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dass ich heute bei Ihnen als Vertreterin dieses Ministeriums, in dem ich die Abteilung Integration leite, zu dem Thema des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Demokratieförderung durch das Land sprechen darf, freut mich daher ganz besonders.

Für das Sozial- und Integrationsministerium Baden-Württemberg steht außer Frage, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt ein notwendiges Merkmal einer funktionierenden Demokratie ist. Solidarität, Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Freiheit sind wesentliche Werte, die eine demokratische Gesellschaft ausmachen.

Denn: Wird eine Gesellschaft als ungerecht, unsolidarisch oder unfrei wahrgenommen, schwindet das Vertrauen in demokratische Strukturen und Institutionen. Menschen verlieren über kurz oder lang das Interesse daran teilzuhaben, sich aktiv, auch politisch, einzubringen.

## **Botschaft**

**Wesentliches Merkmal einer starken Demokratie ist der gesellschaftliche Zusammenhalt.**

Wie jedoch können wir dafür sorgen, dass Bürgerinnen und Bürger Demokratien ernst nehmen und sich solidarisch an deren Weiterentwicklung beteiligen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt gemeinsam zu gestalten?

Und ganz aktuell: Wie kann das Zusammenleben in einer kulturell so vielfältigen Gesellschaft wie der unseren friedlich gelingen?

Klar ist, gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht nicht allein über das Angebot sozialer Dienstleistungen und das Auffangen der Menschen in Sozialsystemen. Auch wenn dies Mindestvoraussetzungen unseres Modells der sozialen Marktwirtschaft sind.

Es geht vielmehr auch um persönliche Empfindungen der Bürgerinnen und Bürger. Darum, als wie gerecht eine Gesellschaft wahrgenommen wird, wie hoch das Vertrauen in staatliche Institutionen ist oder ob Regierungsentscheidungen auf Akzeptanz stoßen. Das Gefühl vieler Menschen, dass die Politik ihre Sorgen nicht ernst nimmt, ist keine zu vernachlässigende Bagatelle. Denn die Folgen möglicher Enttäuschung durch Politik und Staat können den Rückzug ins Private und die Abkopplung aus der Gesellschaft bedeuten. Schlimmstenfalls kommt es zu Radikalisierungen, einer Zuwendung zu extremen Strömungen, zur Ablehnung und Bekämpfung unserer demokratischen Grundordnung.

Natürlich geht es nicht darum, politische Entscheidungen von Gefühlen abhängig zu machen. Emotionen, Stimmungen können aber Indikatoren sein, ob etwas falsch läuft in einer Gesellschaft. Vor allem dann, wenn sie tatsächlich auf wenig erfreulichen Entwicklungen fußen.

So wissen wir aus Studien, dass die Akzeptanz von Regierungen deutlich sinkt, je höher die Jugendarbeitslosigkeit, je niedriger das durchschnittliche Wohlstandsniveau oder je ungerechter der Zugang zu Gesundheitsversorgung

oder Bildungseinrichtungen ist. (z. B. „Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017“ von der Bertelsmann Stiftung)

Relevant für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist die Verwirklichung von Zugangsgerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Bevölkerungsgruppen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Kultur und Gesundheitsversorgung. Es gilt demnach, tendenziell soziale Ungleichheit zu verringern und generell Teilhabe für alle bereits auf lokaler Ebene zu ermöglichen.

Dafür müssen Regierungen gesetzliche Voraussetzungen schaffen. Ohne die Einbindung und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, etwa durch die Förderung des Ehrenamts und den Ausbau zivilgesellschaftlicher Infrastruktur, bleiben Gesetze aber leere Hüllen.

Deshalb unterstützen wir im Sozial- und Integrationsministerium zahlreiche Projekte, die ganz konkret bürgerschaftliches Engagement in den Mittelpunkt stellen.

Wir sind überzeugt: Unsere Demokratie profitiert nachhaltig vom bürgerschaftlichen Einsatz ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Neben der Förderung bürgerschaftlichen Engagements ist auch eine erfolgreiche Integrationspolitik elementar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wobei diese Felder natürlich nicht in aller Trennschärfe voneinander abzugrenzen sind, sondern sich an vielen Stellen überschneiden.

Baden-Württemberg ist ein Land der Vielfalt. Über ein Viertel der Menschen im Land haben internationale Wurzeln.

Damit ist Integrationspolitik keine Nischenpolitik oder ein exotisches Sonderformat für Menschen mit Migrationshintergrund, sondern hochaktuell und entscheidend für eine Gemeinschaft.

„Integration“ bedeutet in unserem Kontext des gesellschaftlichen Zusammenhalts nicht, den Blick auf die Zugewanderten perspektivisch zu verengen. Denn Integrationsbedarfe existieren in Hinsicht auf viele gesellschaftliche Gruppen – auch auf jene „Alteingesessener“.

Zentraler Ansatzpunkt für die Verständigung über Werte und Prinzipien von Menschen ganz unterschiedlicher Hintergründe sind alltägliche Situationen, in Familie, Schule, bei der Arbeit, in der Freizeit. Hier finden vielfach Begegnung und Austausch statt.

Als Ministerium für Soziales und Integration unterstützen wir konsequenterweise Projekte, die den Dialog und das gegenseitige Kennenlernen verschiedener Religionen und Kulturen zum Ziel haben.

Bezogen auf die Integration von Geflüchteten haben wir mit dem Pakt für Integration mit den Kommunen viel Geld in die Hand genommen. Um gezielt helfen zu können, bieten sogenannte Integrationsmanagerinnen und -manager intensive soziale Beratung und Begleitung an, die ganz konkret bei den Menschen stattfindet. Das ist in dieser Form einmalig.

Neben dem Inkrafttreten des Paktes für Integration hat inzwischen auch unser Landesbeirat für Integration die Arbeit aufgenommen. Dieses Expertengremium haben wir jüngst etabliert, damit es uns, die Landesregierung, bei wichtigen Fragen der Integrationspolitik berät.

So haben wir uns beim Auftakt Anfang Februar mit der Frage beschäftigt, wie Teilhabe und Chancengerechtigkeit für Menschen mit Einwanderungsgeschichte besser gelingen kann.

Talent, Fleiß, Leistungs- und Lernbereitschaft sind das Eine. Gleichzeitig gilt es aber auch Rahmenbedingungen zu schaffen, die Potentiale und Ressourcen fördern und Engagement würdigen.

Wir müssen uns also darauf konzentrieren, welche Faktoren diesen Aufstieg fördern und welche Faktoren ihn verhindern. Und wir müssen nach den Analysen dann dementsprechend handeln.

Gelingt uns das, kann dies zu einem Erfolgs-Garanten für eine gesamtgesellschaftliche Integration werden.

Ein besonderes Anliegen ist es unserem Ministerium natürlich, Vielfalt und Diversity in der Gesellschaft positiv zu besetzen. Das Land Baden-Württemberg ist bereits 2012 der Unternehmensinitiative „Charta der Vielfalt“ beigetreten, die sich für eine bunte Gesellschaft, d. h. auch Arbeitnehmerschaft, einsetzt. Die Abteilung Integration koordiniert in diesem Zusammenhang beispielsweise die weitere interkulturelle Öffnung der Verwaltung und treibt diese voran. Auch wenn es noch einiges zu tun gibt, können wir mit Freude feststellen, dass die Nachfrage an interkulturellen Schulungen bei Landesmitarbeitenden sehr hoch ist.

Im Gegenzug zur Förderung des Bürgerengagements, der Integration und Vielfalt in der Gesellschaft erwarten Bürgerinnen und Bürger zu Recht, dass die Regierung sich klar gegen Erscheinungen positioniert, die mit unserer Demokratie unvereinbar und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt abträglich sind.

Wir ziehen klare Grenzen dort, wo Haltungen und Aktivitäten der Menschenwürde, der demokratischen Grundordnung und unserer Solidargemeinschaft widersprechen.

So treten wir beispielsweise Zwangsverheiratung und der Genitalverstümmelung bei Mädchen und Frauen entschieden entgegen.

Auch dort, wo die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Akzeptanz der verschiedenen sexuellen Orientierungen gefährdet sind, engagieren wir uns. Etwa mit dem „Aktionsbündnis für gleiche Rechte“ meines Hauses oder beim Netzwerk LSBTTIQ, um nur zwei prägnante Beispiele herauszugreifen. Unsere demokratische Ordnung sieht sich der Gleichberechtigung aller Menschen strikt verpflichtet. Benachteiligungen aufgrund einer Behinderung, des Alters, der Religionszugehörigkeit oder anderer persönlicher Merkmale stehen dem erwünschten gesellschaftlichen Zusammenhalt im Wege und sind nicht hinnehmbar.

Antidiskriminierungsarbeit spielt für uns in Baden-Württemberg daher eine wesentliche Rolle. Gerade 2018 ist ein entscheidendes Jahr, da wir derzeit die Antidiskriminierungsstelle des Landes einrichten. Diese soll allen von Diskriminierung Betroffenen als eine erste Anlauf- und Beratungsstelle dienen.

## **Botschaft**

**Sozial- und Integrationsministerium, Landeszentrale für politische Bildung und Demokratiezentrum Baden-Württemberg: Gemeinsam engagiert für eine offene, aktive und solidarische Bürgergesellschaft!**

Wie der Tagungstitel treffend nahelegt, muss um den Erhalt demokratischer Werte stets aufs Neue gerungen werden. Glücklicherweise steht hierbei niemand von uns allein. Denn wir verfügen über zahlreiche etablierte Akteure, die sich der Demokratiebildung im Land verpflichtet fühlen. Zwei möchte ich gerne kurz vorstellen.

Für das Gelingen der Demokratiebildung sticht besonders eine Institution heraus, die seit wenigen Jahren beim Landtag von Baden-Württemberg angesiedelt ist: Die Landeszentrale für politische Bildung.

Ich darf im Folgenden die Hintergründe, den Auftrag und die breitgefächerte Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung skizzieren.

Die Landeszentrale für politische Bildung ist seit 1972 die zentrale Einrichtung der politischen Bildung in Baden-Württemberg. Die „LpB“, wie sie im Fachjargon häufig abgekürzt wird, hat laut ihrem Erlass „die Aufgabe, die politische Bildung in Baden-Württemberg auf überparteilicher Grundlage zu fördern und zu vertiefen. Sie dient hierbei der Festigung und Verbreitung des Gedankengutes der freiheitlich-demokratischen Ordnung.“

Überparteiliche politische Bildungsarbeit ist nach der Diktaturerfahrung des Nationalsozialismus im deutschen Südwesten tief verwurzelt. Denn bereits 1950 wurde in Stuttgart auf Beschluss der damaligen Regierung von Württemberg-Baden die Arbeitsgemeinschaft „DER BÜRGER IM STAAT e. V.“ gegründet.

Das trug der Tatsache Rechnung, dass – angelehnt an den Titel dieser Tagung – Demokratie nicht vom Himmel fällt, nicht selbstverständlich ist, sondern immer wieder neu gelernt, erfahren und eingeübt werden muss.

Wichtig war den Akteuren bereits früh die Einbindung aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte wie der Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitgeber-, Bauern-, Vertriebenen- und Jugendverbände sowie Volkshochschulen und Medien.

Um die Aufgabe der Politikbildung in gebotener Staatsferne in Angriff zu nehmen, wählte man zunächst die unabhängige Organisationsform des eingetragenen Vereins.

Die beständig unsichere Finanzsituation führte schließlich – trotz zum Teil heftiger Widerstände gegen eine „Verstaatlichung“ und damit möglicherweise

drohender „Preisgabe der Freiheit“ – zu der heutigen Landeszentralen-Lösung.

1976 wurden auf einer Tagung der LpB in Beutelsbach die fachdidaktischen Grundlagen der politischen Bildung festgehalten, im sogenannten Beutelsbacher Konsens.

Darauf wird Robby Geyer, der Leiter der Außenstelle Heidelberg der Landeszentrale, in seinem Beitrag „Demokratie-Kompetenz als Lernziel nicht nur für Schulen“ morgen sicherlich grundlegend eingehen.

Von mir an dieser Stelle nur so viel:

Der Beutelsbacher-Konsens konstituiert, dass man auch in fundamentalen gesellschaftlichen und weltanschaulichen Fragen nicht einer Meinung sein muss.

Denn Perspektivenvielfalt ist Wesensmerkmal einer Demokratie, aber natürlich nicht gleichzusetzen mit Wertneutralität. Sie erfordert vielmehr einen klaren und ausdrücklichen Rückbezug auf die im Grundgesetz verbrieften Grundrechte.

Demokratie, so der Sozialphilosoph Oskar Negt, ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss. Dieser Lernprozess endet keineswegs mit dem Abschluss der Schule oder dem Ende der Jugendphase.

Die Angebote der LpB im Bereich der Demokratie-Bildung sind daher breit gefächert und sprechen sowohl Kinder und Jugendliche als auch Erwachsene an: Angefangen bei „Politischen Tagen“ und Aktionstagen, Plan- und Rollenspielen über Fortbildungen und Trainings, das Bereitstellen didaktischen Lehrmaterials und der Veröffentlichung wissenschaftlicher Publikationen und Fortbildungen.

Alle Maßnahmen vermitteln Wissen, schärfen die Urteilsfähigkeit und fördern Handlungskompetenzen.

Politische Bildung, wie sie die LpB betreibt, ist eine Bringschuld des Staates gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern. Der Bedarf an politischen Informationen und politischer Bildung ist hoch. Und er wird in Zeiten, in denen Gerüchte und Falschmeldungen in Sekundenschnelle um den gesamten Erdball laufen können, stetig zunehmen.

Das Grundanliegen der LpB, die Demokratie als Staats-, Gesellschafts- und Lebensform zu begründen, zu erklären und neu zu verteidigen, ist in unseren globalisierten und komplexen Lebensrealitäten des Jahres 2018 äußerst aktuell.

Die LpB legt mit ihrer unverzichtbaren Arbeit über weite Strecken die konzeptionellen Grundlagen für eine weitere Form der Demokratiewerk, mit der mein Haus, das Ministerium für Soziales und Integration, unmittelbar befasst ist.

Damit komme ich zum zweiten großen Akteur im Bereich der Demokratiewerk, den ich Ihnen heute vorstellen möchte: Dem Demokratiezentrum Baden-Württemberg.

Das Demokratiezentrum zeichnet für ein ganzes Bündel von Maßnahmen verantwortlich, die einen Beitrag für gelebte Demokratie im Land leisten.

Das Demokratiezentrum ist als Trägerverbund organisiert. Die einzelnen Träger bringen verschiedene Fachstellen, die in den Handlungsfeldern der Demokratieförderung, Menschenrechtsbildung und Extremismusprävention arbeiten, in das Demokratiezentrum ein.

Die Gesamtkoordination des Demokratiezentrum liegt in den Händen der Jugendstiftung Baden-Württemberg.

Finanzielle Unterstützung erhält das Demokratiezentrum aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben“, das beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angesiedelt ist. Zudem leistet auch das Ministerium für Soziales und Integration einen finanziellen Beitrag.

Gerne stelle ich Ihnen die wichtige – in meinen Augen unverzichtbare – Arbeit der einzelnen Fachstellen mit wenigen Worten vor.

Zunächst zu dem Beratungsnetzwerk „kompetent vor Ort. gegen Rechtsextremismus“. Hier wird Menschen geholfen, die mit rechtsextremen Äußerungen oder Handlungen konfrontiert sind und/oder sich dagegen einsetzen wollen. Betroffene und Engagierte können sich in 24 Stadt- und Landkreisen dafür an kompetente Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Netzwerks wenden.

In einem Qualifizierungsprogramm werden darüber hinaus Personen zum „Kommunalen Berater“ und zur „Kommunalen Beraterin Extremismusprävention“ ausgebildet, die in das Beratungsnetzwerk eingebunden werden und es verstärken.

Die Fachstelle „kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus“ arbeitet eng mit der Fachstelle „Mobile Beratung gegen rechts (mobirex)“ zusammen. Auch dort werden Menschen dazu befähigt, antidemokratischem Verhalten etwas entgegenzusetzen, sich für Werte und Menschenrechte einzusetzen und unsere Demokratie zu stärken.

Dies geschieht beispielsweise durch Workshops, Planspiele oder Vorträge, immer durchgeführt von geschulten Referentinnen und Referenten.

Die mobile Fachstelle mobirex koordiniert dabei Beratungsarbeit insbesondere in Regionen, in welchen bislang keine regionalen Strukturen des Beratungsnetzwerks oder des Demokratiezentrum bestehen.

Seit 2016 ist eine weitere Fachstelle im Demokratiezentrum tätig. Und zwar im Bereich der Beratung für Menschen, die von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Baden-Württemberg betroffen sind oder eine solche Tat mitbekommen haben. Trägerin dieser „neuen“ Fachstelle mit dem Namen LEUCHTLINIE ist die Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e. V. Eine kostenlose und vertrauliche Beratung ist auch bei ihr selbstverständlich. Betroffene erhalten Auskunft und Informationen. Ihnen werden gegebenenfalls juristische Unterstützung und psychotherapeutische Hilfe vermittelt.

Die Statistik der beiden letzten Jahre zeigt, dass das Beratungsangebot der LEUCHTLINIE gut angenommen wird und insgesamt ein hoher Bedarf an qualifizierter Unterstützung besteht.

Die Fachstellen PREvent!on und FEX – Extremismusdistanzierung haben neben dem politisch rechts motivierten auch den religiös begründeten Extremismus im Blick.

Pädagogische Fachkräfte können auch hier zu „kommunalen Beratern und Beraterinnen Extremismusprävention“ ausgebildet werden. Diese haben die Aufgabe, in ihrem Arbeitsumfeld einen sensiblen Blick auf Radikalisierungsprozesse zu legen und Möglichkeiten der Prävention einzurichten.

Nach einer optionalen Weiterbildung zu „Kontaktpersonen Deradikalisierung“ bilden sie die Schnittstelle zwischen der Präventionsarbeit auf regionaler Ebene und der landesweit tätigen Deradikalisierung.

Die Fachstelle FEX – Extremismusdistanzierung bietet vor allem Beratung und Qualifizierung für Fachkräfte der offenen Jugendarbeit und Jugendsozial-

arbeit. FEX hat dabei besonders Jugendliche im Blick, die im besonderen Maße gefährdet sind, extreme Haltungen anzunehmen.

Jugendliche werden nicht direkt angesprochen, sondern über die pädagogischen Fachkräfte der Offenen und Mobilien Jugendarbeit.

Inwieweit bisher angewendete Methoden und Arbeitsansätze aus der Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen für religiös motivierten Extremismus adaptiert werden können, muss im Zusammenhang in der Methodenentwicklung geklärt werden.

Übergeordnetes Ziel ist es, lokale und regionale Unterstützungsbedarfe im Themenfeld von politischem oder religiösem Extremismus, Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und eventuell damit verbundener Gewalt zu erheben und Fachkräfte im Umgang mit diesen Themen zu stärken.

Über die Arbeit in den Fachstellen hinaus werden im Demokratiezentrum selbst auch eigene Projekte umgesetzt.

So hat „respect!, die Meldestelle für Hetze im Netz“ im Demokratiezentrum Baden-Württemberg Mitte Juli 2017 den Betrieb aufgenommen. „Respect“ wendet sich gegen politisch motivierte Drohungen, rassistische Beleidigungen und Volksverhetzung im Internet.

In Fällen, in denen die Meldestelle nicht selbst tätig werden kann, stellt sie den Kontakt zu anderen Beratungs- und Meldestellen her.

Ein Qualifizierungsprogramm für Jugendliche und Mentoren zur Umsetzung von eigenständigen Demokratieförderungs-Projekten an Schulen ist der „Vielfalt-Coach“. Im Schuljahr 2017/2018 haben 80 Jugendliche aus insgesamt 27 Schulen in Baden-Württemberg teilgenommen, dabei waren alle Schularten vertreten.

Das Programm „Jugend BeWegt“ stellt die Kommune als Lebensraum Jugendlicher mit ihren Orten, Plätzen und Institutionen in den Mittelpunkt. Es möchte die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Lebensraum nachhaltig fördern und verankern. So sollen vorhandene Ansätze gestärkt, der Erfahrungsaustausch gebündelt und ein dauerhaftes Netzwerk von Kommunen aufgebaut werden, die sich dem Thema Jugendbeteiligung verpflichtet fühlen.

Einen ganz anderen Ansatz, nämlich einen sportlichen, wählt das Programm „Kicken gegen Rechts – demokratiestärkende Fußballturniere“.

Fairness und Respekt sind wesentliche Grundlagen des gemeinsamen Fußballspiels und eines gelingenden Zusammenlebens. Wie unsere Gesellschaft ist auch der Fußball vielfältig.

Wo also kann ein faires Miteinander in einer vielfältigen Gemeinschaft besser gelebt werden als auf dem Fußballplatz? Teilnehmenden von „Kicken gegen Rechts“-Turnieren soll Fairplay vermittelt werden.

Den Teilnehmenden ermöglicht das Rahmenprogramm der Turniere neben der sportlichen Komponente sich über Rassismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Erinnerungskultur zu informieren.

## **Botschaft**

**Das Eintreten für demokratische Werte und den gesellschaftlichen Zusammenhalt bleibt auch zukünftig wichtig.**

Meine Damen und Herren,

ich komme zum Ende meines Grußwortes. Gestatten Sie mir abschließend, einen kleinen Anstoß hinsichtlich bestehender und kommender Herausforderungen in der Demokratiewerkarbeit zu geben.

Wir haben schon viel Positives erreicht in Baden-Württemberg. Darauf können wir alle mit Recht stolz sein.

Zusammen mit verschiedenen Akteuren im Land setzen wir uns tagtäglich für eine gelingende Integrations- und Antidiskriminierungspolitik ein. Der Zusammenhalt zwischen Bürgerinnen und Bürgern soll trotz aller Unterschiede in individuellen Biographien oder politischen und religiösen Überzeugungen weiterhin stark bleiben.

Unser Grundgesetz geht von mündigen Bürgerinnen und mündigen Bürgern aus, die verantwortungsvoll an der Gesellschaft teilhaben und ein selbstbestimmtes Leben führen. Zur Entwicklung dieser Mündigkeit ist die Vermittlung kultureller und politischer Bildung elementar.

Die vielfältigen und engagierten Angebote der LpB und des Demokratiezentrum im Land tragen dazu einen wesentlichen Teil bei.

Unsere Demokratie in Deutschland ist wertebasiert: Die Achtung der Menschenwürde, Verteidigung der Freiheit und Rechtssicherheit und Garantie einer sozialen Absicherung ermöglichen uns ein Leben in Frieden und Wohlstand.

Neben der intellektuellen Überzeugung von der demokratischen als der bestdenkbaren Grundordnung setzen die oft spielerischen und an Selbsterfahrung appellierenden Projekte von LpB und Demokratiezentrum auch bei der wichtigen emotionalen Beziehung zu demokratischen Werten an.

Natürlich können wir nicht ignorieren, dass die Maßnahmen zur Demokratiestärkung, trotz all unserer Anstrengungen und auch positiven Resonanzen, aktuell leider – wie ich sagen muss – bitter notwendig erscheinen.

Erfolge rechtspopulistischer Bewegungen in Europa und Berichte über verstärkten Zulauf bei Reichsbürgern und Salafisten auch hier in Baden-Württemberg geben Anlass zur Sorge.

Die Gruppierungen der Reichsbürger und Selbstverwalter als auch die der gewaltbereiten Salafisten lehnen in der Mehrzahl eine demokratisch-republikanische Grundordnung ab.

Obwohl dies im Einzelfall schwierig erscheint: Auch hier müssen wir uns fragen, wie wir solange wie möglich mit diesen Menschen im Gespräch bleiben können.

Im Besonderen seit den im Jahre 2015 deutlich angestiegenen Flüchtlingszahlen sind immer mehr Menschen verunsichert. Manche befürchten eine zu schnelle und drastische Veränderung des gesellschaftlichen Gefüges. Zunehmende Vielfalt wird noch längst nicht überall in der Gesellschaft als positiv empfunden.

Wir nehmen diese Ängste in Teilen der Bevölkerung sehr ernst. Und beziehen als Landesregierung klar Position in Situationen, die dem Rechtsstaat zuwiderlaufen. So geschehen zuletzt bei den Ereignissen in Ellwangen.

Wir sind jedoch der festen Überzeugung: Unsere freie Gesellschaft hat ein starkes Wertefundament und eine enorme Integrationskraft.

Eine Basis dieser Integrationskraft ist das soziale Aufstiegsversprechen. Dieses Versprechen ist für mich das Alleinstellungsmerkmal einer sozialen Demokratie.

In Deutschland haben wir einen über Jahrzehnte gewachsenen Sozialstaat, der in einmaliger Form verschiedene Einflüsse in sich vereint. Sowohl konservativ-christliche, sozialdemokratische, freiheitlich-demokratische und verstärkt auch ökologisch-soziale Vorstellungen prägen die Demokratie und das – zu-

gegebenenmaßen manchmal kompliziert anmutende, aber auch unvergleichlich durchdachte und ausgewogene – Sozialsystem.

Mut machen auch viele Bürgerinnen und Bürger selbst: Die große Rechts-treue und überwiegende Ablehnung von Korruption in Deutschland verdeutlichen bei der großen Mehrzahl der Menschen eine enge Bindung an den Rechtsstaat.

Die Bereitschaft bei vielen Bürgerinnen und Bürgern, selbstlos Verantwortung für andere zu übernehmen und an unterschiedlicher Stelle für eine sozial gerechte Gesellschaft einzutreten, ist das Fundament für unser starkes Solidarwesen.

Wir in der Landesregierung geben unser Bestes, das soziale Band zu stärken, das unsere Gemeinschaft zusammenhält. Etwa durch die vorhin genannten Bildungsangebote und Unterstützungsmaßnahmen für die Zivilgesellschaft. Wir stehen dafür ein, dass Bürgerinnen und Bürger sich weiterhin unserer Gesellschaft zugehörig fühlen.

Auch deshalb dürfen Ansichten jenseits der politischen Mitte keinesfalls pauschal ausgegrenzt werden. In einer Demokratie sollen selbstverständlich möglichst viele Stimmen im Volk gehört und repräsentiert sein.

Sobald die Regeln der Demokratie überschritten, Vorurteile und Ressentiments kolportiert werden, sind aber natürlich Grenzen aufzuzeigen. Hier besitzt der Ausspruch des großen sozialdemokratischen Staatsrechtlers Carlo Schmid Gültigkeit: „Man muss auch den Mut zur Intoleranz gegenüber denen aufbringen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen.“

Kein politisches System ist so anpassungsfähig, effektiv und erfolgreich wie die Demokratie.

Wir im Ministerium für Soziales und Integration bleiben deshalb zuversichtlich, dass unser Grundgesetz und unsere demokratischen Werte auch auf aktuelle Bedrohungen adäquate Antworten finden.

Gerade dann, wenn wir uns auf Folgendes besinnen:

Demokratie sollte nicht in einem Nebeneinander oder einem Gegeneinander gelebt werden, sondern in einem Miteinander, im gesellschaftlichen Zusammenhalt!

Vielen Dank.